



Den sicheren und kurzen Weg zur Arbeit und Schule durch die Fußgängerzone wollen die Grünen den RadfahrerInnen außerhalb der Hauptgeschäftszeiten ermöglichen.

Radfahren in Fußgängerzonen

Eine Freigabe der Gerhard-Rohlfis- Straße und Obernstraße außerhalb der Geschäftszeiten soll radelnden SchülerInnen und Beschäftigten kurze und sichere Wege ermöglichen.

Frühmorgens in der Vegesacker Fußgängerzone: Kaum jemand ist dort zu sehen, ein Radfahrer ist gen Bahnhof unterwegs. Und verstößt damit gegen die Verkehrsordnung. Das wollen die Grünen ändern. Außerhalb der Ladenöffnungszeiten soll die Gerhard-Rohlfis-Straße für RadfahrerInnen freigegeben werden.

„Wir wollen das Radfahren in der Vegesacker Fußgängerzone außerhalb der Hauptgeschäftszeiten erlauben. Damit sollen RadfahrerInnen die Möglichkeit erhalten, abends und morgens kurze und sichere Wege zu benutzen. Besonders SchülerInnen auf dem Weg zur Schule und Beschäftigte auf dem Weg zur Arbeit würden von der geplanten Regelung profitieren. Sie könnten ihren Weg durch die Vegesacker Fußgängerzone dann ganz legal abkürzen. Außerhalb der Geschäftszeiten sind dort ohnehin kaum Fußgänger unterwegs. Sie wären also nicht gefährdet“, betont die verkehrspolitische Sprecherin Maika Schaefer.

Vor einer zeitweisen Freigabe der Fußgängerzonen in Vegesack und auch in der Bremer Innenstadt für den Radverkehr prüft das Verkehrsressort derzeit, wie eine Gefährdung der FußgängerInnen ausgeschlossen werden kann und wie sich eine Öffnung mit den Belangen des Lieferverkehrs und dem ÖPNV vereinbaren lässt. Darüber hinaus muss noch geklärt werden, wie bei einer Neuregelung mit Straßenfesten oder verkaufsoffenen Sonntagen umgegangen werden kann.

„Wir sind davon überzeugt, dass sich eine vernünftige Lösung finden lässt. Für die vielen RadlerInnen jedenfalls wäre die zeitweise Öffnung der Fußgängerzone eine Erleichterung“, so die Nord-Bremer Bürger-schaftsabgeordnete der Grünen.



Millionen für aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktförderung im Land Bremen wird auf hohem Niveau fortgeführt. Für die zweite Teilperiode des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) wurden jüngst 58 Millionen Euro freigegeben. Damit beträgt die Summe im gesamten Förderzeitraum 2008-2013 rund 119 Millionen Euro. Im Schnitt stehen also weiterhin jährlich ca. 20 Millionen Euro bereit, damit Menschen auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß fassen. Allein für das laufende Jahr werden mit den

Mitteln des BAP, der Agentur für Arbeit, ARGEn und den Bundesprogrammen für die Arbeitsmarktpolitik im Land Bremen rund 175 Millionen Euro eingesetzt.

Das neue BAP-Teilprogramm ‚Geförderte Beschäftigung und soziale Stadtentwicklung in Bremen und Bremerhaven‘ soll vor allem sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse fördern. Davon profitieren bis zu 2000 Menschen jährlich. Das Programm soll insbesondere die Chancen von

Alleinerziehenden, MigrantInnen, Frauen und Älteren erhöhen. „Unser Programm kommt vor allem den Menschen in sozial benachteiligten Stadtteilen zugute. Arbeitslose erhalten eine Chance auf Beschäftigung und können dabei zugleich etwas Sinnvolles für ihren Stadtteil leisten“, erläutert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön.



grün: aktuell

Prädikat für mehr Barrierefreiheit

Schmale, oft noch mit Auslagen zugestellte Gänge. Warenbeschriftungen, die selbst mit der Lupe kaum erkennbar sind. Für alte Menschen ist das Einkaufen in manchen Supermärkten alles andere als ein Vergnügen. Auch junge Familien haben Schwierigkeiten, die engen Gänge mit dem Kinderwagen zu passieren. Ebenso wie RollstuhlfahrerInnen oder Menschen mit Gehhilfen. Auf grüne Initiative wird nun das neue Zertifikat ‚Ausgezeichnet Generationenfreundlich‘ auch in Bremen eingeführt. Mit dem Qualitätszeichen werden Einzelhandelsgeschäfte, Bäckereien oder auch Supermärkte geadelt, die sich generationsübergreifend auf ihre Kundschaft eingestellt haben. Kriterien sind beispielsweise für alle KundInnen gut passierbare Gänge, aber auch Serviceleistungen wie die Bank zum Verschneifen für ältere Menschen. Barrierefreie Geschäfte kommen schließlich allen entgegen.

Neuer Newsletter zur Sozialpolitik

Wer über die Sozial- und Gesundheitspolitik der Fraktion auf dem Laufenden bleiben will, kann jetzt auf der Homepage den neuen Fach-Newsletter abonnieren. Per E-Mail werden die NutzerInnen regelmäßig über aktuelle Standpunkte, parlamentarische Initiativen, Veranstaltungen und mehr informiert.

service impressum

Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft
Telefon 0421/3011-0
Telefax 0421/3011-250
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
Internet www.gruene-fraktion-bremen.de

Gestaltung Designbüro Möhlenkamp
Relaunch + Satz Thomas Kollande
Texte Matthias Makosch, Lotte Blumenberg
Fotos E. Meier, M. Makosch, TransFair/C. Nusch, iStockPhoto
Druck: Geffken & Köllner, Bremen



in der Bremischen Bürgerschaft

grün: inhalt

Kinderobduktion Seite 2

Pro und Contra von Bremer Grünen zum Gesetzesvorhaben.

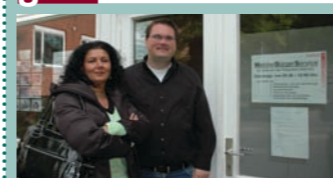
Fairer Handel Seite 3

Bremen bewirbt sich 2011 als Hauptstadt des fairen Handels.

Arbeitsmarkt Seite 4

Die Arbeitsmarktförderung wird auf hohem Niveau fortgeführt.

grün:Aktion



Das Ringen der Grünen um eine bürgerfreundliche Lösung für die OsterholzerInnen hat sich gelohnt: Der Mobile Bürgerservice im Ortsamt wird gut in Anspruch genommen. Im Schnitt verzeichnet die Servicestelle jeden Dienstagvormittag zwischen 60 und 80 Kunden. Vor allem ältere Menschen und Eltern mit Kindern nutzen das Angebot, dort ihre Pässe ausstellen zu lassen oder auch ihren Wohnsitz umzumelden. Das haben die Grünen jüngst bei einem Informationsbesuch vor Ort erfahren.

@ Ein Bericht dazu im Internet unter www.gruene-fraktion-bremen.de.

grüne ecke

Grüne sind Klimafreunde



klimafreunde bremen

Die Fraktion ist dem Club der Bremer Klimafreunde beigetreten. Sie verspricht damit, noch mehr CO₂ und Energie einzusparen. Die Fraktion arbeitet zwar schon klimafreundlich. Aber Verbesserungen sind immer möglich.

grün: Journal



Die Offshore-Windkraft ist die tragende Säule für die Energiewende. Um die riesigen Anlagen zu verschiffen, entsteht in Bremerhaven nun ein Basishafen. Der gewählte Standort bringt Ökologie und Ökonomie am besten unter einen Hut.

Offshore-Hafen für Klimaschutz und Arbeit

Der Standort im Blexer Bogen nahe dem Flugplatz Luneort berücksichtigt ökologische und ökonomische Interessen. Für Bremerhaven eröffnet sich die Chance auf mehr Steuereinnahmen, die für öffentliche Leistungen nötig sind.

Rückenwind auf dem Weg zum Top-Standort der Offshore-Windenergie: Bremerhaven bekommt einen Basishafen zum Transport von Windkraftanlagen auf hoher See. Das Offshore-Terminal soll als privates Invest bis 2014 im Blexer Bogen nahe dem Flughafen Luneort entstehen. „Dieser Standort bringt Ökologie und Ökonomie am besten unter einen Hut. Diese Entscheidung ist gut für den Klimaschutz, gut für die Zukunft der Seestadt und gut für die Wirtschaft im Land Bremen“, betont der hafen- und wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen Frank Willmann.

Die Luneplate mit ihrem rund 1000 Hektar großen EU-Vogelschutzgebiet bleibt damit verschont. Diese Variante wäre zudem mit Baukosten in Höhe von 290 Millionen Euro um 50 Millionen Euro teurer geworden als die nun beschlossene Lösung. Für den derzeit im Blexer Bogen nach Nahrung suchenden Säbelschnäbler soll noch vor Baubeginn eine Ersatz-Wattfläche in Höhe von Erdmannsziel geschaffen werden.

Der Standort im Blexer Bogen bietet viele Vorteile: Zwischen 140 und 150 Anlagen jährlich können an der 500 Meter langen Kaje verschifft werden. Damit erfüllt er die Erwartungen der Branche. Die Transportwege zwischen den Herstellern am Labradorhafen zum neuen Offshore-Terminal sind kurz. Unnötige Schwerlastverkehre werden so vermieden. Die ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen müssen nicht umgesiedelt werden. Auch der Flugplatz Luneort

kann in einer Win-Win-Situation durch eine Helikopter-Basis für die Offshore-Branche profitieren. Nicht zuletzt hat diese Variante noch die besten Aussichten, nicht durch langwierige gerichtliche Überprüfungen entscheidend in Verzug zu geraten.

„Bremerhaven ist mit den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, der Produktion und Montage von Anlagen-Teilen sowie der Wartung bereits ein Zentrum der Windenergie-Branche. Der Offshore-Hafen rundet diese Entwicklung ab. Die Windkraft ist die tragende Säule für die dringend nötige Energiewende und den Klimaschutz“, unterstreicht Frank Willmann.

Aus grüner Sicht ist die Windkraft-Branche neben dem Hafenumschlag und Tourismus der Motor für die weitere Entwicklung der Seestadt. Die Windenergie-Branche schafft nachhaltige Arbeitsplätze – von IngenieurInnen bis zum Kantinenpersonal. „Dieser dynamische Wirtschaftsbereich kann darüber hinaus auch für andere Unternehmen eine Sogwirkung entfalten“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen.

Die Windkraft-Branche setzt den Strukturwandel in Bremerhaven unter Volldampf fort. Das sichert in der Seestadt und der Region dringend benötigte Steuereinnahmen für das soziale und gesellschaftliche Leben.



Obduktionspflicht für tote Kinder?

Mit dem Gesetzesvorhaben hat Bremen eine bundesweite Debatte angestoßen. Vor der Verabschiedung soll nun zunächst eine Anhörung von Befürwortern und Gegnern erfolgen. Auch bei den Grünen gibt es unterschiedliche Positionen dazu.

PRO

Doris Hoch

GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN



Schütteltrauma oder Tod durch Ersticken – gerade bei Kleinkindern ist das trotz intensiver äußerlicher Leichenschau gar nicht bzw. sehr schwer zu erkennen. Viele Kindstötungen bleiben deshalb nach Einschätzung von Fachleuten bisher unentdeckt. Eine generelle Obduktionspflicht schafft für Angehörige und ÄrztInnen Klarheit über die Ursache des Kindstodes. Sie gilt nur für Kinder unter sechs Jahren, deren Todesursache unklar ist. Davon ausgenommen bleiben tote Kinder, die eine schwere Vorerkrankung hatten oder deren Todesursache zweifelsfrei erkennbar ist.

Auch nach Abwägung der ethischen Bedenken darf auf die Einführung der Obduktionspflicht aus meiner Sicht nicht verzichtet werden. Denn: Wird bei einer Obduktion eine Kindstötung nachgewiesen, ist das ein Schutz für weitere Kinder in der Familie.

Ich weiß, dass es sich hierbei um ein sensibles Thema handelt. Eltern, die gerade ein Kind verloren haben, können eine Obduktion als zusätzliche Belastung empfinden. Diese Gefühle nehme ich sehr ernst. Ich glaube aber, dass es für Angehörige auch eine Erleichterung bedeuten kann, wenn sie wissen, warum ihr Kind gestorben ist und sie sich keine Vorwürfe machen müssen. Wenn die Obduktionspflicht zum Standard geworden ist und den Eltern entsprechend vermittelt wird, handelt es sich weder um eine Stigmatisierung noch einen Generalverdacht.

KritikerInnen argumentieren, dass die Staatsanwaltschaft schon heute in begründeten Fällen eine Obduktion anordnen kann. Doch wie soll sie einen begründeten Verdacht hegen, wenn z.B. ein Schütteltrauma ohne Obduktion gar nicht erkennbar ist?

CONTRA

Dr. Reinhard Loske

SENATOR FÜR UMWELT, BAU, VERKEHR, EUROPA



In Bremen soll auf Vorschlag der Gesundheitsministerin eine Obduktionspflicht für vor Vollendung des 6. Lebensjahres verstorbene Kinder, bei denen die Todesursache nicht eindeutig erkennbar oder eindeutig bekannt ist, eingeführt werden. Eine solche Regelung gibt es bislang in keinem einzigen Bundesland - zu Recht. Auch wenn die positive Motivlage für eine Obduktionspflicht anzuerkennen ist, das Stichwort Kevin fällt in Bremen immer wieder: Die behauptete Gleichsetzung von Kindeswohl und Obduktionspflicht ist konstruiert. Ein derart weitreichender Eingriff in die Grundrechte Dritter (der Verstorbenen und der Angehörigen) ist nicht vertretbar. Die geltende Rechtslage reicht aus.

Die vom Grundgesetz geschützte Würde des Menschen wirkt über den Tod hinaus. Das Recht der nächsten Angehörigen, über den Leichnam eines Verstorbenen zu bestimmen (Totenfürsorge), ist auch verfassungsrechtlich geschützt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts werden diese Rechte durch eine zwangsweise Leichenöffnung dann nicht verletzt, wenn dies zur Aufdeckung einer Straftat und der Verfolgung von Straftätern erforderlich ist. Durch das in der Strafprozessordnung vorgesehene Verfahren wird zudem sichergestellt, dass durch den Richter unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit eine Abwägung zwischen den widerstreitenden Interessen an einer effektiven Strafverfolgung und der Wahrung von Grundrechten stattfindet. Ein solches Vorgehen ist angemessen. Die Eltern verstorbener Kinder unter Generalverdacht zu stellen, ist es nicht.

Das Recht der Angehörigen, auf ihre persönliche Weise mit dem Verlust ihres Kindes umzugehen und die Würde des Kindes über den Tod hinaus verbieten es, Obduktionen zur Regel oder gar zur Pflicht werden zu lassen.

Bremen will Hauptstadt fairen Handels werden

Die Bewerbung soll zum Mitmachprojekt werden. Von Unternehmen bis zu KonsumentInnen können alle zeigen: Uns ist es nicht egal, dass Kinder ausgebeutet werden und Natur zerstört wird.

Für Pflastersteine schuftende Kinder, vegifizierte Arbeiterinnen in der Computerproduktion oder auch endlose Überstunden zu Hungerlöhnen in der Herstellung von Arbeitsbekleidung – gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur wird Bremen mit der Umstellung auf die faire und ökologische Beschaffung aktiv. Auf dem Papier hat der Stadtstaat inzwischen das bundesweit fortschrittlichste Vergabegesetz, jetzt muss es unter Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) umgesetzt werden. Zugleich bewirbt sich Bremen 2011 um den Titel „Hauptstadt des fairen Handels“.

„Bremen gibt mit seinem Einkaufsverhalten ein positives Beispiel. Nachhaltiges Wirtschaften soll aber kein bloßes Verwaltungsprojekt bleiben. Wir wollen das zu einem Mitmachprojekt für alle BremerInnen machen. Mit der Bewerbung als ‚Hauptstadt des fairen Handels‘ wollen wir auch Unternehmen, VerbraucherInnen und SchülerInnen dafür begeistern. Wir BremerInnen können zeigen: Uns ist es nicht egal, wenn für unsere Konsumartikel weltweit Kinder ausgebeutet werden und Natur zerstört wird“, so die developmentpolitische Sprecherin Maika Schaefer.

Unterdessen ist in der Verwaltung unter Federführung von Finanzsenatorin Karoline Linnert der Prozess für die faire



und ökologische Beschaffung angelaufen. Die MitarbeiterInnen müssen dafür sensibilisiert werden. Die derzeit noch

auf viele Dienststellen verteilte Beschaffung muss gebündelt werden, damit Bremen seine jährliche Marktmacht in dreistelliger Millionenhöhe wirksam einsetzen kann. Auch eine produktbezogene Einkaufsstrategie ist nötig. Nicht zuletzt muss geklärt werden, wie die Kontrolle der neuen Standards überhaupt bewerkstelligt werden kann.

Ein großer Nachteil ist dabei das Versagen des Bundes. Bisher muss jede Kommune selbst Standards für die faire Beschaffung entwickeln und überlegen, wie sie die Einhaltung auch überprüfen kann. Würde der Bund diese Aufgabe übernehmen und Unternehmen ermöglichen, sich für ein zentrales Register zu qualifizieren, würde das der nachhaltigen Auftragsvergabe einen Schub verleihen. „CDU und FDP fehlt aber der Wille, gegen unfaire und unsoziale Handelspraktiken aktiv zu werden. Stattdessen stellt Schwarz-Gelb die

Vergaberechtsreform im Bund schon wieder infrage, die die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten bei der Auftragsvergabe ermöglicht“, so Maika Schaefer.



Bodyscanner darf nicht zum Datenstriptease führen

Die Bundesregierung will die neue Technik auf deutschen Flughäfen ermöglichen. Die Grünen sind skeptisch, ob damit tatsächlich mehr Sicherheit erreicht wird. Der Datenschutz und die Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben.

Flughafen-Chef Jürgen Bula rechnet damit, dass Körperscanner in Zukunft auch auf deutschen Airports eingesetzt werden. Der Scanner sei kein Patentrezept, könne aber zusätzliche Sicherheit schaffen. Das erklärte Bula bei einem Treffen mit dem grünen Innenpolitiker Björn Fecker, der sich über die Sicherheitslage am Flughafen informierte. Die Grünen diskutieren derzeit das Pro und Contra der umstrittenen Technik. „Mit den Körperscannern darf kein Datenstriptease einhergehen“, betont Björn Fecker, „wir haben gegenüber der Einführung dieser Geräte eine gesunde Skepsis.“

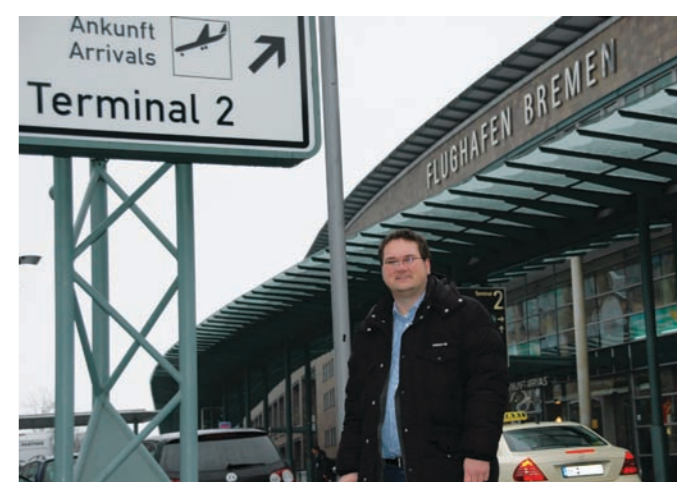
Körperscanner sollen helfen, nichtmetallische Waffen wie Keramikkessel zu entdecken. Statt per Hand abgetastet zu werden, treten die bekleideten Fluggäste in einen telefonzellengroßen Raum ein, heben die Arme und werden gescannt. Die Bundesregierung lässt die Scanner bis Jahresmitte von der für Flugsicherheit zuständigen Bundespolizei testen, um ihren Einsatz dann auf freiwilliger Basis der Fluggäste zu ermöglichen.

„In der emotionalen Debatte um die Scanner müssen wir mit kühlem Kopf reagieren. Ein Einsatz dieser Technik käme für uns nur in Frage, wenn die Scanner nicht gesundheitsschädlich sind und

die Würde des Menschen gewahrt bleibt, das sehen wir beides momentan nicht. Den Grundrechten darf es nicht, im wahrsten Sinne des Wortes, an die Wäsche gehen“, so Björn Fecker.

So müssen beispielsweise die Intimbereiche der Passagiere unkenntlich gemacht werden. Auch die Bedenken der Behindertenverbände wegen der Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Menschen mit Inkontinenzhilfen oder auch künstlichen Darmausgängen müssen ebenso wie die Einwände von DatenschützerInnen berücksichtigt werden.

„Nach jedem vereitelten Anschlag wird reflexartig eine Debatte um die weitere Einschränkung von Bürgerrechten zu Gunsten eines vermeintlichen Sicherheitsgewinns geführt. Dabei sehen die Behörden mitunter vor lauter gesammelten Daten die Gefahren nicht mehr. Die Sicherheits-



behörden sind beispielsweise vor dem gescheiterten Attentäter von Detroit gewarnt worden – aber er ist trotzdem unbehelligt ins Flugzeug gelangt“, erklärt der innenpolitische Sprecher der Grünen. „Die Technik alleine wird uns nicht helfen. Das Hauptaugenmerk sollte auf gut ausgebildetes und gut bezahltes Personal im Sicherheitsbereich gelegt werden“, unterstreicht Björn Fecker.

Beschlossen

Kinderlärm zulassen

Kinderlärm soll in Bremen künftig per Gesetz erlaubt sein. „Wir wollen ein familienfreundliches Bremen. Kinderlärm ist kein Grund zur Klage, sondern unsere Zukunftsmusik. Das stellen wir jetzt klar. Kinderlärm ist zumutbar und darf nicht länger mit Verkehrs- oder Industrielärm gleichgesetzt werden“, erklärt der kinder- und jugendpolitische Sprecher Mustafa Öztürk. Besonders in direkter Umgebung von Schulen oder Spielplätzen sorgen spielende Kinder immer wieder für Klagen von AnwohnerInnen. Mit diesen Beschwerden soll jetzt Schluss sein. „Spielen und Toben ist wichtig für Kinder! Dass es dabei auch schon mal laut werden kann, sollte in einer kinderfreundlichen Gesellschaft kein Problem sein. Für uns Grüne heißt das, Kinderlärm als Schließungsgrund von Kindertagesstätten oder Spielplätzen anzuführen, ist untragbar“, so Mustafa Öztürk.



Keine Gutachten auf Bestellung mehr

Die Versuche der Ausländerbehörde, am Gesundheitsamt vorbei kranke Asylsuchende abzuschieben, werden nach Nachhaken der Grünen beendet.

Die Ausländerbehörde hat mehrfach versucht, am Gesundheitsamt vorbei kranke Asylsuchende abzuschieben. Die Betroffenen waren von ÄrztInnen als psychisch krank und damit ‚nicht reisefähig‘ eingestuft worden. Das passte manchem in der Ausländerbehörde offenbar nicht. Statt ein amtsärztliches Gutachten des Gesundheitsamtes anzufordern, wie es zwingend vorgeschrieben ist, hat die Ausländerbehörde einfach auswärtige ÄrztInnen mit der Begutachtung direkt am Flughafen beauftragt. Diese Verstöße gegen die bestehende Erlass- und Weisungslage hat die Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen bestätigt.

Das Stadttamt ist daraufhin angewiesen worden, diese Fehler zu korrigieren. Zudem wird ein Kontrollmechanismus installiert, der derartige Alleingänge künftig ausschließen soll. Jeder einzelne Fall, in dem ein krankheitsbedingtes Abschiebehindernis geltend

gemacht wird, muss nun der Behördenleitung zur Sichtung vorgelegt werden. Sollte die Ausländerbehörde die Voraussetzungen für eine Abschiebung trotzdem erfüllt sehen, muss sie ihr Prüfungsergebnis zunächst dem Innenressort vorlegen.

„Gutachten auf Bestellung gehören jetzt hoffentlich der Vergangenheit an. Das Gesundheitsamt hat die Fachkompetenz. Die Ausländerbehörde darf das Gesundheitsamt nicht übergehen. Punkt!“, betont Zahra Mohammadzadeh. Die integrations- und migrationspolitische Sprecherin vermutet, dass die Ära Röwekamp bei manchem in der Ausländerbehörde noch nachwirkt. „Auch wenn wir längst neue Rahmenbedingungen geschaffen haben, müssen wir VerwaltungsmitarbeiterInnen offenbar noch in der Praxis davon überzeugen“, so Zahra Mohammadzadeh.

